

Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Jahresende „Friede auf Erden“ in allen Wünschen. Ein neues Jahr klopft an die Tür. Ist dann anschließend alles wieder vergessen? Alles in Ordnung? Es gibt viele Gründe, daran zu erinnern: Nichts ist in Ordnung!

Es gibt einen aktuellen Aufruf aus der Gesellschaft: „Abrüsten statt aufrüsten! – Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde!“

In dem deutlichen und dringenden Friedensappell an die künftige Bundesregierung wendet sich ein ungewöhnlich breites gesellschaftliches Bündnis an die Öffentlichkeit.

Dazu zählen der Nobelpreisträger Paul Crutzen, die Gewerkschaftsvorsitzenden Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Michaela Rosenberger (NGG) und Marlis Tepe (GEW), die Theologin Margot Käßmann, führende Vertreter der Umweltbewegung wie der DNR-Vorsitzende Kai Niebert und der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger, WissenschaftlerInnen wie Gesine Schwan, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Frigga Haug und Ulrich Brand, PolitikerInnen aus drei Parteien wie die Abgeordneten des deutschen Bundestages Ernst Röspel (SPD), Katja Kipping (DIE LINKE.) und Katja Keul (Bündnis90/Die Grünen), Kulturschaffende wie Wolfgang Niedecken, Udo Lindenberg, Renan Demirkan und der Journalist Franz Alt, sowie AktivistInnen der Friedensbewegung.

Mit dem Aufruf warnen die UnterzeichnerInnen vor weiterer Aufrüstung und fordern, endlich abzurü-

sten – nur damit könnten die großen Herausforderungen gelöst werden.

In dem Aufruf heißt es:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“

Die mehr als 90 ErstunterzeichnerInnen warnen eindringlich:

„Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.“

Die UnterzeichnerInnen des Aufrufes rufen zu einer bundesweiten Unterschriftenaktion (online und offline) auf, die sie mit weiteren Aktivitäten begleiten wollen.

Den Aufruf und zusätzliche Informationen sowie alle UnterzeichnerInnen finden Sie unter: www.abruesten.jetzt



Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2018.



Vor 40 Jahren wurden die beiden selbständigen Städte Mörfelden und Walldorf zusammengelegt. Auf einer Podiumsdiskussion der Stadt sagte Rudi Hechler für die DKP/LL u.a.: „Der Hauptgrund für diese Verwaltungsreform war die Wirtschaftspolitik. Man buhlte um die Niederlassung von Unternehmen. In manchen Städten bekamen sie Bauland umsonst. Bei uns stand die Ausweitung des Flughafens vor der Tür. Man wollte nicht mit vielen Bürgermeistern diskutieren. Deshalb gab es Versuche, einen „Mehrzweckpflichtverband“ zu installieren oder die Eingemeindung ganzer Gebiete nach Frankfurt. Das hohe Gut der Selbstverwaltung einer Kommune wollte man opfern.

Vor Ort wurde den Menschen viel vorgegaukelt. Im Rathaus Mörfelden stand ein Modell, das die Totalbebauung der Fläche zwischen Mörfelden und Walldorf zeigte - man wollte eine Stadt mit bis zu 70.000 Einwohnern. Einen Oberbürger-

meister und einen Bürgermeister hätte es gegeben.

Die SPD sprach damals von der „Geballten Finanzkraft“. Die Bürger waren schlauer und sagten: „Wenn man zwei Arme zusammenlegt, kommt kein Reicher heraus.“

Der Walldorfer CDU-Vorsitzende sah schon die SPD auf den Oppositionsbänken. Ein FDP-Innenminister wollte die beiden Städte ruckzuck in „Waldfelden“ umbenennen. Später hieß die neue Stadt tatsächlich ein Jahr lang „Waldfelden“. Den Namen Mörfelden gibt es seit über 1200 Jahren - weg damit!

Solche idiotischen Ideen entwickelte man auch für Gießen und Wetzlar die man in „Lahn“ umbenennen wollte.

In Mörfelden gab es schnell eine Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“, die eine Bürgerbefragung forderte. Auch in Walldorf regte sich Widerstand. Dem Bürgermeister von Mörfelden und dem CDU-Sprecher passte das gar nicht. Die



Bürgerinitiative in Mörfelden sammelte über 3000 Unterschriften gegen die Zusammenlegung.

Es war umsonst. Ungefähr 40 Straßennamen wurden umbenannt, alte Stadtwappen umgezeichnet, ein Logo eingeführt, das mehr an ein Fliesengeschäft erinnert.

Die Stadt hat sich trotzdem entwickelt, gerade weil die Rathäuser und die Feuerwehre geblieben sind und die Vereine ihren Platz behielten. Sie sind nach wie vor sehr erfolgreich, weil es ein ungeheures Engagement der Aktiven gibt.

„Eingespart“ hat man nichts - jeder weiß es heute. Niemand wird sinnvolle Reformen ablehnen, wenn es um die Lebensfähigkeit der Gemeinden geht und die Bürgerinnen und Bürger damit einverstanden sind - allmählich zusammengewachsen wären die Städte wahrscheinlich sowieso.

Aber eine verordnete Fusion - die man dazu noch „exekutiert“ hat - war falsch.“



Fünf Mal schon wurde die Eröffnung des neuen Supermarktes am Mörfelder Allende-Platz angekündigt. Auch der jetzige Termin zum Oktober wurde nicht eingehalten. Die Türen bleiben verschlossen. Statt eines Discounters stehen die Menschen vor einer Baustelle.

Der Wunsch der Bewohner nach einer fußnahen Einkaufsmöglichkeit erfüllte sich wieder nicht. Das nahm die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL zum Anlass, um erneut zu einem Informationstreffen vor Ort einzuladen. „Natürlich kann die Stadt keinen Supermarkt eröff-

nen, aber von der Wirtschaftsförderung erwarten wir schon mehr Initiative. Der Stadtteil westlich der Bahn ist ziemlich abgehängt. Eine Einkaufsmöglichkeit gibt es seit der Schließung des bestehenden Marktes im Januar 2016 nicht mehr. Besonders ältere Menschen sind auf einen Markt vor Ort angewiesen. Insgesamt drei Altenwohnanlagen zählt dieser Stadtteil“, so Dietmar Treber von der DKP/LL.

Auch Uschi Oldenburg von der Bürgerinitiative für einen Markt im Stadtteil unterstrich die Bedeutung eines Discounters. „Immer wieder werden wir vertröstet und enttäuscht. Wir wünschen uns von der Stadt eine bessere Informationspolitik. Wir brauchen doch hier einen Einkaufsmarkt, der auch als Treffpunkt eine soziale Funktion im Stadtteil hat.“



Siebenhundert Menschen kamen zu einer Informationsveranstaltung der Stadt ins Bürgerhaus. Vorher waren schon über dreihundert bei einer Versammlung, in der die Ablehnung der Straßenbeitragspläne deutlich ausgesprochen wurde. Es gibt wachsenden Protest, den auch die Rathauskoalition registrieren sollte. Aber man bleibt vorerst bei den Plänen, vor Weihnachten die Straßenbeitragsatzung zu beschließen.

Die Bürgeraktion traf sich mittlerweile, um die Bürgerversammlung im Bürgerhaus zu bewerten und weitere Planungen zu beraten. Der überfüllte große Bürgerhaussaal sei ein Beleg, wie das Thema die Einwohner aufbringt. Nach den Erhöhungen der Grundsteuer B sei es höchste Zeit für Proteste bei weiteren Belastungen.



Hans-Jürgen Rose, Oberstleutnant im Ruhestand, sprach am 9. November auf Einladung der Aktion Toleranz am Gedenkstein für die einstige Mörfelder Synagoge.

Als es nach dem Zweiten Weltkrieg darum ging, ein neues Militär aufzubauen, hätten Angehörige von Wehrmacht und SS einen entscheidenden Beitrag geleistet. Für Rose markiert dies einen „Geburtsmakel“ der Bundeswehr. Im Grunde sei die Organisation der Bundeswehr demokratiewidrig, autoritär und hierarchisch.

Hans Seydel von der Aktion Toleranz erinnerte an den Bundeswehroffizier Franco A.. Er führte eine Todesliste von Politikern, plante Anschläge.

Zuvor hatte er eine offen rassistische und nationalistische Abschlussarbeit bei der Bundeswehr eingereicht. Dies müsse man vor dem Hintergrund des Bundestagswahlerfolgs der AfD sehen, deren Spitzenkandidat Alexander Gauland angesichts der „Leistungen der Wehrmacht“ Stolz empfinde.



Die kapitalistische Produktionsweise treibt das Klima zum Kollaps

In Bonn ging die Klimakonferenz zu Ende. Man spricht von kleinen Fortschritten. Die neue Bundesregierung ist gefordert, endlich zu handeln. Die Einsicht wird wachsen: „Der Kapitalismus kann das Klima nicht retten!“ Von Tagung zu Tagung rückt die Welt näher an die Klimakatastrophe. „Das Klima wird zum Kollaps getrieben, und zwar durch die der kapitalistischen Gesellschaftsformation eigenen, systemischen Antriebsmechanismen, die daher als Ursachen auf die Agenda des politischen Handelns gesetzt werden müssen“, schreibt Elmar Altvater, und stellt fest, dass auch unter „der Drohung der Klimakatastrophe eher die Existenz des Planeten in Frage gestellt wird, als die des kapitalistischen Wirtschaftssystems“.

Die vergangenen zwei Jahre waren die jeweils wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Aber nicht nur die Atmosphäre wird wärmer, auch die Ozeane erwärmen sich. Die daraus resultierenden Hurrikans in Südosta-

sien, der Karibik und im Süden der USA geben uns einen Vorgeschmack auf zukünftige Extremereignisse. Die Sturmtiefs „Sebastian“ und „Herwart“, die in Nordeuropa schwere Schäden verursachten und auch in Deutschland einige Menschenleben forderten, zeigen auch hier in Europa die direkten Auswirkungen des Klimawandels.

Der jetzige Temperaturanstieg ist hausgemacht. Die Verbrennung von fossilen Energien haben den gespeicherten Kohlenstoff freigesetzt, der heute als CO₂ in der Atmosphäre angereichert wird.

Auch die künftige Bundesregierung wird sicher planen, dass die Konzerne technische Problemlösungen betreiben sollen, was diese profitorientiert tun. Das ist falsch! So fließt dann immer noch ein Vielfaches staatlicher Subventionen mehr in fossile Energieträger, als in die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien. Das muss sich prinzipiell ändern.



In unserer Stadt kämpft eine überparteiliche Bürgeraktion gegen die Einführung der Straßenbeiträge. Sie schreibt Briefe, verteilt Flugblätter, sammelt Unterschriften, demonstriert, führt Gespräche mit Politikern. Eine lebendige Gruppe, ein demokratischer Aufbruch, der Mut macht. Es ist den Parteien vor Ort nur zu raten, die Argumente der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und zu beachten.

Werden die Gegner der Straßenbeiträge Erfolg haben? Diese Frage muss sich auch jeder selbst stellen. Jeder kann Unterschriften sammeln, jeder kann sich an den Protesten beteiligen.

Unterschriftenlisten kann man z.B. auch von folgender Webseite herunterladen:

[www.http://strassenbeitraege-mw.info/downloads](http://strassenbeitraege-mw.info/downloads)

Ein Brief mit wichtigen Argumenten

Die Bürgeraktion schrieb einen Brief an das Regierungspräsidium, in dem es heißt:

„Nachdem bereits die Grundsteuer B auf 790 Punkte angehoben wurde und die Stadt Mörfelden-Walldorf einen ausgeglichenen Haushalt erwartet, ist die Einführung einer Straßenbeitragsatzung für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar und erzeugt zunehmend Ängste und Unmut.

Einige Gründe, warum wir uns gegen die Einführung einer Straßenbeitragsatzung einsetzen:

- *Der Haushalt der Stadt Mörfelden-Walldorf ist seit 2015 ausgeglichen*
- *Inzwischen erwirtschaftet die Stadt Überschüsse, insbesondere bei der Gewerbesteuer*

- *Auch in den nächsten Jahren dürften ausgeglichene Haushalte mit ein wenig Ausgabenzurückhaltung kein Problem sein*
- *Der Entschuldungspfad des Schuttschirms ist damit nur noch eine Formalität*
- *In den nächsten fünf bis zehn Jahren sind lt. Aussage des Bürgermeisters überhaupt keine grundhaften Straßensanierungen notwendig*
- *Durch die erforderliche Erhebung zur Ermittlung der Verteilung entstehen erhebliche Kosten*
- *Vom Grund her ist das Gesetz ungerecht, unsozial und missachtet demokratische Grundsätze. Ungerecht, da es nur Eigentümer trifft.*
- *Es ist Unsozial, da es Bürger und Bürgerinnen mit geringen Einkommen nicht berücksichtigt!*
- *Es beschneidet die kommunale Selbstverwaltung!*

Gauner, Gangster und Verbrecher

Darf man sie so nennen? Die Kriminellen in Nadelstreifen, die man wieder mal ertappt hat.

Was gab es für einen Aufschrei, als die Panama-Papiere veröffentlicht wurden.

Da muss was passieren, hieß es bei fast allen Parteien.

Nix ist passiert!

Nun kamen neue Enthüllungen: „Die Paradise Papers!“

Wieder einmal wird nix passieren. Wetten? Wir denken, man darf diese Großkapitalistenkreise - die natürlich

ohne Maschinenpistole unter uns sind - so nennen.

Es sind kriminelle Steuerhinterzieher. Was interessieren sie Kindergärten, Vereine, Straßenbeiträge oder Schwimmbäder? Sie haben eigene. Überall in der Welt, wo es schön ist, haben sie ihre Paradiese, ihre Luxusjachten, Privatflugzeuge. Überall ihre Villen und Ländereien.

Manchmal heißt es, die das kritisieren seien ja nur neidisch. Das stimmt nicht. Wer weiß, wie Politik gemacht wird, der weiß auch: Diese privaten Superreichen sind sehr mächtig. Sie können ja auch alles kaufen, vor allem können sie Meinungen kaufen. Wer reich ist, ist einflußreich!

Wir brauchen den politischen Willen, etwas zu ändern. Wenn dazu die vor-

handenen Gesetze nicht ausreichen müssen neue geschaffen werden. Und man muss die Dinge beim Namen nennen: Hessens Landesregierung ist bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass sie alles in ihrer Macht stehende tut, Steuertricks, die der Allgemeinheit schaden, zu bekämpfen. Leere Worte.

Die Fraport AG hat natürlich auch ihren „Briefkasten“ in Malta. Was sagt da die Landesregierung als Teilhaberin der Fraport? Sagt sie überhaupt etwas? Es reicht nicht, in Sonntagsreden immer wieder zu beteuern, dass Steuertrickereien verwerflich seien und gleichzeitig dabei zuzuschauen, wie sich Fraport mit Deckung der Landesregierung genauso verhält, wie Großkonzerne und Superreiche, die mit Steuertricks der Allgemeinheit schaden.





Die Stadtoberen reagieren nervös

Die Bürgeraktion „Gemeinsam gegen Straßenbeiträge“ hat die aktuelle Entwicklung diskutiert. Man registrierte die Unruhe bei SPD, Freien Wählern, FDP und CDU.

Zurückgewiesen wurden die Verleumdungen der „Freien Wähler“, „Linke Hetzer“ seien am Werk und die Aussagen der SPD, die behauptete, das Thema würde „parteilpolitisch missbraucht“. Richtig ist: Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind nach mehrmaliger Erhöhung der Grundsteuer B und weiterem Sozialabbau nicht mehr bereit, erneute Belastungen hinzunehmen. Wer behauptet, die Straßenbeiträge seien alternativlos, sagt nur, dass er selbst keine Alternative sieht. Bei den Freien Wählern heißt es: „Wir werden widerwillig zustimmen“. Diese

Aussage muss man nicht kommentieren. „Die Belastungsspirale der Bürger muss ein Ende finden“, heißt es bei der CDU. Wir sagen: Dann stimmt entsprechend ab!

Wichtig ist etwas anderes: Wenn eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung die Straßenbeiträge ablehnt, dann sollten sie auch nicht beschlossen werden. Wir erwarten, dass am 19. Dezember 2017 ein Umdenken der Stadtverordneten sichtbar wird.

Möglich ist ein „Moratorium“, ein Nachdenken über andere Wege.

Entscheidend muss sein, dass wir das Aushebeln der kommunalen Selbstverwaltung nicht hinnehmen. Erpressung ist keine Politik, der Erpressung nachgeben aber auch nicht.

Wertrotzdem die Straßenbeiträge, kurz vor Weihnachten, im Stadtparlament durchsetzen will, riskiert eine Bescheidung, die ihm nicht gefallen kann.

Wir haben im „blickpunkt“-Büro noch zwei Teile gefunden. Aber wem schenken wir denn jetzt diese wunderschönen T-Shirts?

Wenn Sie Personen kennen, zu denen sie passen - dann sagen Sie uns Bescheid.

Die „blickpunkt“-Redaktion



Trotz Arbeit von Armut bedroht

Zehn Prozent der Beschäftigten in Deutschland waren im Jahr 2016 trotz Arbeit armutsgefährdet. Bei befristet Beschäftigten lag der Anteil der Armutsgefährdeten sogar bei 20,5 Prozent und hat sich damit seit Umsetzung der rot-grünen Sozialreformen mehr als verdoppelt. Die Linksfraktion fordert die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. „Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben“, heißt es. Daran müsse sich eine neue Bundesregierung messen lassen. Der DGB-Vorstand forderte Grüne, Union und FDP auf, Formen prekärer Arbeit zurückzudrängen. „Es ist zutiefst ungerecht und gefährdet den sozialen Zusammenhalt, wenn Beschäftigte trotz Arbeit ausgegrenzt und abgehängt werden“.

In einer neuen Studie wurde deutlich: 30% der Bevölkerung könnten gerade ein paar Wochen ohne Einkünfte überbrücken.

Es heißt: „Die Wirtschaft wächst wie lange nicht, Löhne und Renten steigen spürbar und die Aussichten für das kommende Jahr sind gut.“

Trotzdem plagt zig Millionen Menschen in Deutschland das Gefühl tiefer Unsicherheit. Demnach sorgt sich etwa die Hälfte der Befragten um die eigene Zukunft und die Altersversorgung.

Sie haben Recht. Das zumindest legt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung nahe. Im Mittel wäre das Vermögen in Form von Spareinlagen, Wertpapieren und

Immobilien nach einem Jahr und elf Monaten aufgebraucht.

Allerdings sind die Unterschiede enorm. Während die 30% der Bevölkerung mit den geringsten Vermögenswerten allenfalls einige Wochen von ihren Besitztümern zehren könnten, wären die reichsten zehn Prozent mindestens 13 Jahre lang dazu imstande. Den obersten fünf Prozent gelänge dies sogar über mehr als 21 Jahre hinweg.

Wir fragen uns schon, ob die Gewerkschafter in unserer Stadt, die sich zum Beispiel in der SPD-Fraktion befinden, diese Zahlen auch lesen.

Wer nach Grundsteuer B-Erhöhen jetzt an Straßenbeiträge denkt, hat zumindest nicht begriffen, wie es im Land und in unserer Stadt wirklich aussieht.

blickpunkt jugend



Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

Protest ja oder nein? Ein ewiges Für und Wider.

Ob sich Protest lohnt? Gegen eine Institution, den vermeintlich Stärkeren, gegen Freihandelsabkommen wie TTIP in Europa oder TPP in Japan. Misstrauisch beäugt wird jeder Protest. Von den Einen oder den Anderen. Von den Pessimisten, die nicht an seinen Erfolg glauben, von den Nihilisten, denen sein Erfolg oder Misserfolg egal ist und von allen anderen Miesepetern sowieso.

In Ise-Shima - hier tagten letztes Jahr noch die G7 - ist das angehängte Foto entstanden. Der Tag für den Protest ist

taktisch klug gewählt, es steht ein „Tag im Grünen“, eine von der Stadt organisierte Radtour an, die Tausende anlockt.

Ebenso klug gewählt ist der Platz des Protests, direkt vor der Bahnstation der Stadt. Von allen gesehen, von wenigen beachtet.

Doch am Ende möchte eigentlich keiner, den man hier fragt, TPP haben. „Das hilft dem kleinen „Mann“ nicht“, bekommt man zu hören. Na gut!



Die Konsequenz, einen Wechsel der regierenden Parteien, möchte dann aber scheinbar doch keiner haben. Ganz im Gegenteil, die LDP - die Partei des Premiers Shinzo Abe - und deren Koalitionspartner gingen gestärkt aus der vorgezogenen Wahl hervor. Zu einer Zweidrittel-Mehrheit in Ober- und Unterhaus haben sie sich gemausert. Genug, um die Verfassung zu ändern und Japans Pazifismusartikel abzuschaffen. Ob es die Angst vor Nord-Korea ist, oder die ungewisse Zukunft im Falle eines Machtwechsels, die ihm die Leute in die Arme treibt? Unwichtig. Am Ende wählte das Schaf doch wieder den Wolf. Parallelen zu kommunalen Geschehnissen in Mörfelden-Walldorf sind rein zufällig.

Willkommen zur Jahresendfeier der DKP



20. Dezember 2017
ab 19 Uhr im KuBa

Gespräche und Soljanka

Wir freuen uns auf die
Zweite Hessische Gebirgsmarine“
mit Seemannsliedern.

Gestaltungsidee?

Wir suchen Gestaltungsideen für den Kopf unserer Seite „blickpunkt jugend“.

Wer Ideen hat und zuarbeiten möchte, bitte Mail an: RudiH@dkp-mw.de

Der Titel sollte 2- oder 3-spaltig zu verwenden sein und nicht höher als ca. 4 cm angelegt werden.

Wir freuen uns über Vorschläge. Bei mehreren guten Vorschlägen wechseln wir den Kopf regelmäßig aus.

Unser „blickpunkt“-

Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG

IBAN

DE37 5085 2553 0009 0034 19



Lenins Fahrtroute im April 1917

Luther kam vorbei - Lenin fuhr durch Mörfelden und Walldorf

Die historischen Großereignisse in diesem Jahr haben enge Bezüge zu Mörfelden-Walldorf. So reiste Luther Anfang April 1521 von Wittenberg nach Worms, um seine Thesen vor dem Reichstag zu verteidigen. Sein Weg ist nicht mehr genau zu rekonstruieren, als sicher gilt aber, dass er über Königstädten und Trebur führte. Der vor einigen Jahren als Pilger- und Wanderweg eingerichtete „Lutherweg“ führt heute durch Walldorf, was damals allerdings noch gar nicht existierte. Die Waldenser kamen erst im Jahre 1699.

Fast 400 Jahre später, wieder Anfang April (am 10.4.1917), führte Lenins Weg aus dem schweizer Exil nach St. Petersburg/Petrograd dann sogar durch Mörfelden und Walldorf. Im verplombten Zug passierte er mitten im Ersten Weltkrieg das Land des Kriegsgegners Deutschland. Die Oktoberrevolution brachte dann die von der deutschen Heeresleitung erhoffte Ruhe an der Ostfront - griff aber bald auch in Form der Novemberrevolution auf Deutschland über...

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

„Der Frankfurter Flughafenbetreiber meldet starkes Wachstum bei Umsatz und Gewinn und übertrifft damit die Erwartungen der Analysten. Besonders das Engagement in Griechenland zahlt sich für den Konzern aus“, berichtete gerade die Presse. „Fraport hat die Profite, der griechische Staat die Risiken“, sagt die griechische Seite.

Am Standort Frankfurt bekommt Fraport von Wiesbaden herzliche Zuwendung.

Die Lärmobergrenze des Tarek Al-Wazir

Die Vorstellung der unverbindlichen Vereinbarung des hessischen Verkehrsministeriums mit der Luftver-

kehrswirtschaft über eine sogenannte Lärmobergrenze wird in der Flughafenregion mit größter Verwunderung aufgenommen. „Diese Vereinbarung stellt den nächsten Vertrauensbruch dar, den Fraport gemeinsam mit der Landesregierung an der in Rhein-Main-Gebiet lebenden Bevölkerung begeht“, heißt es bei der SPD Hessen-Süd.

DIE LINKE im Hessischen Landtag erklärte: „Die beschlossenen Maßnahmen werden die Lärmbelastung nicht verringern. ... Diese Lärmobergrenze ermöglicht eine Zunahme der Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen. Und als seien das noch nicht genug Zu-

geständnisse an die Luftfahrtbranche, sind alle getroffenen Vereinbarungen auch noch auf freiwilliger Basis.“

In unserem Gartenteich lebt ein schwarz-grüner Frosch.

Wir nannten ihn Tarek.

Er hat im Frühsommer ziemlich sein Maul aufgerissen, wenn ein Flugzeug drüberdonnerte. Jetzt haben wir ihn lange nicht gesehen. Er war ziemlich dick geworden und ist wohl schon in den schwarzen Schlamm gekrochen. Ob er noch mal auftaucht, im nächsten Frühling?



rh

blickpunkt

Geschichte

Todeslisten

Im Mai 2017 wurde der Bundeswehroffizier Franco A. verhaftet. Laut Ermittlungsergebnissen führte er eine Todesliste von Politikern, plante Anschläge.

Im August 2017 durchsuchten Beamte des BKA und der Bundespolizei Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern. Arbeits- und Geschäftsräume von zwei Verdächtigen seien durchsucht worden. Sie sollen geplant haben, Vertreter des linken Spektrums zu töten, teilte der Generalbundesanwalt in Karlsruhe mit. Dazu sollen sie eine Liste mit Namen angelegt haben. (Presse vom 8.8.2017)

Im November 2011 wurden nach Presseberichten bei der Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrund“ in einem Wohnhaus eine „Todes-Liste“ von 10.000 Personen und Organisationen gefunden. Das Hessische Landeskri-

minalamt ging davon aus, dass dabei 800 Personen und Institutionen aus Hessen sind.

Das alles ist nichts Neues. Viele Jahre vorher gab es die Gladio-Listen. In der Akte eines Mörfelders gibt es z.B. dazu den Hinweis: „Am 12.10.1977 wurde bekannt, daß H. auf einer Liste faschistischer Kräfte erfaßt ist, mit denen zum sogen. „Tag X“ abgerechnet werden soll.“ (Faksimile)

Auf dieser Liste standen Sozialdemokraten und Kommunisten (z.B. auch Emil Carlebach, Mitgründer der FR).

Das meiste ist unbekannt. Man kann zwar „Stasi“-Akten einsehen aber die hiesigen Geheimdienste rücken kaum etwas heraus. Man kann ahnen, warum das so ist. Einige DKP-Mitglieder unserer Stadt fragten nach den alten und „neuen“ Todeslisten - fragten nach ihren Akten.

Die Antworten waren fast überall gleichlautend.

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz „fehlt die Darlegung eines besonderen Interesses an einer Auskunft.“

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen bestätigte z.B. meine Parlamentstätigkeit und schrieb mir u.a.:

„Ihre Aktivitäten und Veröffentlichungen für die DKP sind dem LfV Hessen seit Jahren bekannt.“ ... „Über die aufgeführten Auskünfte hinaus vermag ich Ihnen keine Auskünfte zu erteilen.“

Eigentlich wäre es langsam Zeit für die Wahrheit.

In den vielen Jahren der politischen Arbeit hat man schließlich auch im „freien Westen“ viel erlebt. So die Versuche der hiesigen Dienste junge Leute anzuwerben oder der massenhafte Einsatz von Polizisten im „Räuberzivil“, die als „Agent Provocateur“ bei Demos die jeweils taktisch passende Situation „herstellten“.

Wenn man zusammen zählt - KPD-Parteiverbot, Hausdurchsuchungen, Inhaftierungen, Berufsverbote, Aktenansammlungen, Todeslisten - dann muss man fordern:

Hebt endlich das KPD-Verbot auf! Entschuldigt euch für diese Politik. Entschädigt die Betroffenen und sorgt dafür, dass auch im Westen die Opfer einer politisch motivierten Justiz und der staatlichen Repression in der Zeit des kalten Krieges rehabilitiert werden und eine Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht geleistet wird.

Rudi Hechler

Am 12.10.1977 wurde bekannt, daß H. auf einer Liste faschistischer Kräfte erfaßt ist, mit denen zum sogen. "Tag X" abgerechnet werden soll.

In der Akte über Rudi Hechler, verantwortlich für den „blickpunkt“, war u.a. diese Feststellung zu lesen.

Stadtgeschichten



Am Donnerstag, den 28. Februar 1974, stimmten in der Gesamtschule 17 Stadtverordnete der Mörfelder SPD und drei Mörfelder FDP-Stadtverordnete für ein Zusammenlegen von Mörfelden und Walldorf.

Gegen die Fusion stimmten die vier Stadtverordneten der DKP Mörfelden, Stadtverordneter Feutner (FDP) enthielt sich der Stimme. Die Mörfelder CDU-Stadtverordneten, die sich grundsätzlich für eine Fusion aussprachen, stimmten dagegen, weil sie wegen des Zusammenlegungstermins Bedenken hatten.

Die SPD-, FDP- und CDU-Stadtverordneten von Walldorf stimmten geschlossen für eine Fusion. Gegen eine Befragung der Bürger vor einem Zusammenlegen der Städte Walldorf und Mörfelden, wie es die DKP beantragte, stimmten alle Abgeordneten von SPD, FDP und CDU.

Die Landesregierung in Wiesbaden beschloß, der geplanten Stadt den Namen „Waldfelden“ zu geben. Gegen die Fusionspläne und gegen den Beschluß der Landesregierung, den Namen „Mörfelden“ auszulöschen, der im Jahre 814 zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde, regte sich starker Protest in der Bevölkerung.

Auf Initiative des „blickpunkt“, der Stadtzeitung der DKP Mörfelden, bildete sich am 20. November 1975 die überparteiliche Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“. Die Bürgerinitiative führte entschlossen den Kampf gegen die Fusion und setzte sich in zahlreichen Aktionen für die Erhaltung des Namens Mörfelden ein. Bei einer Unterschriftensammlung unterstützten im Frühjahr 1976 weit über 3.000 Bürgerinnen und Bürger die Forderungen der Bürgerinitiative.

Foto: Mitglieder der DKP Mörfelden vor dem Sitzungssaal in der Gesamtschule.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Konzert Blues Alley
Samstag, 2. Dezember 2017 - 20 Uhr
Eintritt: € 8,-/€ 6,- (ermäßigt)

**Irish Folk Session für Musiker
und ihre Gäste**
Mittwoch, 6. Dezember 2017 - 19 Uhr
Eintritt frei

**Aus anderer Schüsseln schmeckt es
immer besser!**
Freitag, 15. Dezember 2017 - 18 Uhr
Essen € 10,- (mit Stadtpass frei)

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 21. Dezember 2017 - 20 Uhr -
Eintritt frei

Quiz
Freitag, 22. Dezember 2017 - 20 Uhr

Heiligabendparty
Sonntag, 24. Dezember 2017 - 22 Uhr
bis 2 Uhr - Eintritt frei

Sonntagscafé Jeden Sonntag von 15-18 Uhr
Kaffeespezialitäten und andere Getränke

Unser Lexikon

Schbrisch

Kaan Arsch
in de Hos,
awwer
„La Paloma“ peiffe.